

Wirtschaftssatzung
der Industrie- und Handelskammer für Essen,
Mülheim an der Ruhr, Oberhausen zu Essen
Geschäftsjahr 2015

Nach Beratung im Haushalts- und Rechnungsprüfungsausschuss vom 29. September 2014 sowie in der Präsidialsitzung am 11. November 2014 wurde durch die Vollversammlung am 11. November 2014 gemäß den §§ 3 und 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) vom 18.12.1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Art. 17 des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung sowie zur Änderung weiterer Vorschriften vom 25. Juli 2013 (BGBl. S. 2749) und der Beitragsordnung vom 26.03.2004 („meo“ Nr. 04/2004), folgende Wirtschaftssatzung für das Geschäftsjahr 2015 beschlossen:

I. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan wird

1.	im Erfolgsplan mit		
	Erträgen in Höhe von	11.819.500,00	EUR
	Aufwendungen in Höhe von	15.484.600,00	EUR
	dem Ergebnisvortrag aus dem Jahr 2014 in Höhe von	1.655.000,00	EUR
	und dem Saldo der Rücklagenveränderung in Höhe von	2.010.100,00	EUR
2.	im Finanzplan mit		
	Investitionseinzahlungen in Höhe von	5.610.100,00	EUR
	Investitionsauszahlungen in Höhe von	3.970.000,00	EUR

festgestellt.

II. Beitrag

1. Natürliche Personen und Personengesellschaften, die nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragen sind, und eingetragene Vereine, wenn nach Art oder Umfang ein in kaufmännischer Weise eingerichteter Geschäftsbetrieb nicht erforderlich ist, sind vom Beitrag freigestellt, wenn ihr Gewerbeertrag nach dem Gewerbesteuerergesetz oder soweit für das Bemessungsjahr ein Gewerbesteuermessbetrag nicht festgesetzt wird, ihr nach dem Einkommensteuergesetz ermittelter Gewinn aus Gewerbebetrieb 5.200,00 EUR nicht übersteigt.
- 1.2 Nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragene natürliche Personen, die ihr Gewerbe nach dem 31.12.2003 angezeigt haben, sind, soweit sie in den letzten fünf Wirtschaftsjahren vor ihrer Betriebseröffnung weder Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, Gewerbebetrieb oder selbstständiger Arbeit erzielt haben, noch an einer Kapitalgesellschaft mittelbar oder unmittelbar zu mehr als einem Zehntel beteiligt waren, für das Geschäftsjahr, in dem die Betriebseröffnung erfolgt und für das darauf folgende Jahr von der Umlage und vom Grundbeitrag sowie für das dritte und vierte Jahr von der Umlage befreit, wenn ihr Gewerbeertrag oder Gewinn aus Gewerbebetrieb 25.000,00 EUR nicht übersteigt.

2. Als Grundbeiträge sind zu erheben von
- 2.1 IHK-Zugehörigen, die nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert, mit einer Bemessungsgrundlage nach Ziffer II. 2.6 bis 25.000,00 EUR, soweit nicht die Befreiung nach Ziffer II. 1. und 1.2 eingreift 50,00 EUR
- 2.2 a) IHK-Zugehörigen, die nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragen sind und deren Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert, mit einer Bemessungsgrundlage nach Ziffer II. 2.6 von über 25.000,00 EUR bis 50.000,00 EUR 100,00 EUR
- b) IHK-Zugehörigen, die im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragen sind oder deren Gewerbebetrieb nach Art und Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb erfordert, mit einer Bemessungsgrundlage nach Ziffer II. 2.6 bis 50.000,00 EUR oder mit einem Verlust 100,00 EUR
- 2.3 allen IHK-Zugehörigen mit einer Bemessungsgrundlage nach Ziffer II. 2.6 von über 50.000,00 EUR 300,00 EUR
- 2.4 allen IHK-Zugehörigen, die zwei der drei nachfolgenden Kriterien erfüllen:
- mehr als 19.250.000,00 EUR Bilanzsumme
 - mehr als 38.500.000,00 EUR Umsatz
 - mehr als 250 Arbeitnehmer
- auch wenn sie sonst nach Ziffer II. 2.2 b) oder 2.3 zu veranlagten wären 3.800,00 EUR
- Bei Betriebsstätten werden die vorgenannten Kriterien ermittelt unter Zugrundelegung der Daten des Gesamtunternehmens sowie unter Anwendung des Zerlegungsmaßstabes im Sinne des § 29 Gewerbesteuer-gesetz.
- 2.5 Für Kapitalgesellschaften, die nach Ziffer II. 2.2 b) zum Grundbeitrag veranlagt werden und deren gewerbliche Tätigkeit sich in der Funktion eines persönlich haftenden Gesellschafters in nicht mehr als einer Personenhandels-gesellschaft erschöpft, wird auf Antrag der zu veranlagende Grundbeitrag um 50% ermäßigt.
- 2.6 In den Fällen, in denen für das Bemessungsjahr ein Gewerbesteuermessbetrag festgesetzt wird, ist Bemessungsgrundlage der Gewerbe-ertrag nach dem Gewerbesteuer-gesetz, andernfalls der nach dem Einkommensteuer- oder Körperschaftsteuergesetz ermittelte Gewinn aus Gewerbebetrieb.
- Bei mehreren Betriebsstätten ist Bemessungsgrundlage der auf den IHK-Bezirk entfallende Zerlegungsanteil bzw. der entsprechend den Vorschriften des Gewerbesteuer-gesetzes zerlegte Gewinn aus Gewerbebetrieb.

2.7 Von Inhabern einer Apotheke wird der Grundbeitrag nach einem Viertel und von IHK-Zugehörigen, die oder deren sämtliche Gesellschafter einer oder mehreren anderen Kammern anderer Freier Berufe oder der Landwirtschaft angehören, nach einem Zehntel der Bemessungsgrundlage in Ziffer II. 2.6 erhoben; die Regelung in Ziffer II. 2.2 b) bleibt unberührt.

3. Als Umlagen sind zu erheben 0,20% der Bemessungsgrundlage nach Ziffer II. 2.6.

Bei natürlichen Personen und Personengesellschaften ist die Bemessungsgrundlage nach Ziffer II. 2.6 für die Umlage einmal um einen Freibetrag von 15.340,00 EUR für das Unternehmen zu kürzen.

Bei Betriebsstätten wird der Zerlegungsanteil um einen entsprechend dem Zerlegungsmaßstab verminderten Freibetrag gekürzt.

3.1 Von Inhabern einer Apotheke wird die Umlage zu einem Viertel und von IHK-Zugehörigen, die oder deren sämtliche Gesellschafter einer oder mehreren anderen Kammern anderer Freier Berufe oder der Landwirtschaft angehören, nach einem Zehntel der in Ziffer II. 2.6 genannten und ggf. nach dem vorherigen Absatz gekürzten Bemessungsgrundlage erhoben.

4. Bemessungsjahr für Grundbeitrag und Umlage ist das Jahr 2015.

5. Soweit ein IHK-Zugehöriger, der nicht im Handelsregister oder im Genossenschaftsregister eingetragen ist und dessen Gewerbebetrieb nach Art oder Umfang einen in kaufmännischer Weise eingerichteten Geschäftsbetrieb nicht erfordert, die Anfrage der IHK nach der Höhe der Bemessungsgrundlage nach Ziffer II. 2.6 nicht beantwortet hat, wird die Bemessungsgrundlage entsprechend § 162 AO geschätzt.

6. Von den beitragspflichtigen IHK-Zugehörigen wird eine Vorauszahlung auf die Umlage (Ziffer II. 3) in Höhe von 80% auf Grundlage der letzten der IHK vorliegenden Daten (Gewerbesteuermessbeträge / Zerlegungsanteile bzw. Gewerbeerträge / Gewinne aus Gewerbebetrieb) erhoben. Diese 80%-Regelung gilt auch für die vorläufige Einstufung in die Grundbeitragsstaffel nach Ziffer II. 2.1 – 2.3.

Diese Wirtschaftssatzung wird ausgefertigt und im Mitteilungsblatt „meo“ Dezember 2014 veröffentlicht.

Essen,

Die Präsidentin

Der Hauptgeschäftsführer

Jutta Kruff-Lohrengel

Dr. Gerald Püchel